

Niederschrift
über die Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Klimafolgenanpassung,
Planung und Kreisentwicklung am 18.01.2023 im Sitzungssaal des Kreisamtes
Jever, Lindenallee 1

Beginn: 15:30 Uhr

Ende: 16:45 Uhr

Teilnehmer/innen:

Vorsitzender

Homfeldt, Axel

Mitglieder

Bergfeld, Christian

Online Teilnahme

Burgenger, Uwe

Eilers, Claus

Esser, Martina

Haesihus, Heiner

Kaiser-Fuchs, Marianne

Kühne, Lars

Recksiedler, Raimund

Wiesner, Jannes

Online Teilnahme

stellv. Mitglieder

Kück, Anke

Vertretung von Herr KTA Ratzel, Online Teilnahme

Teilnehmer/in des JuPa FRI

Hans, Marcel

beratende Mitglieder (GM)

Wittke, Agnes

Angehörige der Verwaltung

Dehrendorf, Martin, Dr.

Frisch, Anna

Karmires, Nicola

Lang, Valentin

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit sowie die ordnungsgemäße Ladung werden festgestellt.

Zu der Hybridsitzung sind 8 Mitglieder in Präsenz. Herr KTA Bergfeld, Herr KTA Wiesner und Frau KTAE Kück nehmen online teil. Frau KTAE Kück vertritt Herr KTA Ratzel.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.09.2022

Die Niederschrift vom 27.09.2022 wird einstimmig genehmigt.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Der Bürger Herr H. äußert, dass der Landkreis Friesland im Jahr 2012 das Klimaschutzkonzept für den Landkreis im Tivoli in Varel vorgestellt hat. Damals sei nicht genannt worden, dass der Landkreis sich unter grünen Strom gestellt habe. Der grüne Strom war damals EWE Naturwatt. Der Bürger weist darauf hin, dass diese Aussage nicht mehr stimme, da der Landkreis aktuell den Strom von Enercity beziehe und dieses Unternehmen seines Erachtens nach nicht die Energiewende voranbringe. Er erkundigt sich nach der nächsten Strombezugsausschreibung und inwieweit dabei nur Unternehmen berücksichtigt werden könnten, die die Energiewende aktiv voranbringen. Außerdem soll das veraltete Schild von EWE Naturwatt abgenommen werden.

Herr Dr. Dehrendorf antwortet, dass ein Beschluss existiert, sodass der Landkreis nur klimaneutral erzeugten Strom verwenden darf. Der Anbieter muss dieses Kriterium erfüllen. Ob das Unternehmen als Ganzes dieses Kriterium erfüllt, sei eine andere Frage. Der Landkreis Friesland wechselt seinen Stromanbieter regelmäßig, da er als öffentliche Verwaltung verpflichtet ist den günstigsten Anbieter zu nehmen. Der Landkreis könnte weitere Kriterien neben der Klimaneutralität festsetzen.

Der Bürger Herr H. erwidert, dass Wasserkraft auch als klimaneutraler Strom verkauft werde, jedoch bringe dies die Energiewende nicht voran. Er bittet darum, dass dies bei den Kriterien bei der nächsten Ausschreibung berücksichtigt wird.

Herr Vorsitzender Homfeldt bedankt sich für den Hinweis und schlägt vor dies bei der nächsten Ausschreibungsformulierung zu berücksichtigen.

Herr Dr. Dehrendorf bedankt sich und bestätigt den Hinweis mitzunehmen.

Anschließend spricht der Bürger Herr H. das Thema mit dem versprochenen Display für die PV-Anlage auf dem Dach der BBS Varel an.

Herr Dr. Dehrendorf teilt mit, dass das Display in der BBS Varel montiert wurde. Er lässt ein Foto des montierten Displays dem Bürger als Bestätigung zukommen.

TOP 4 Berichte und Vorlagen der öffentlichen Sitzung

TOP 4.1 Berichte und Vorlagen für den Kreistag:

keine

TOP 4.2 Berichte und Vorlagen für den Kreisausschuss:

TOP Klimafahrplan 4.2.1 Vorlage: 0368/2022

Der Klimawandel schreitet voran und das Erreichen der Treibhausgasneutralität sowie die Anpassung an die Folgen des Klimawandels werden immer drängender. Hierzu müssen die Themenfelder „Klimaschutz“ und „Klimaanpassung“ gesondert betrachtet werden. Es wird vorgeschlagen die inhaltliche und strategische Grundlage mithilfe von drei Konzepten zu schaffen, deren Erstellung bereits beschlossen ist:

1 Klimaschutz

- 1.1 Integriertes Vorreiterkonzept
- 1.2 Ladeinfrastrukturkonzept

2 Klimaanpassung

- 2.1 Klimaanpassungskonzept

Um einen Überblick über die aktuell laufenden und geplanten konzeptionellen Vorgänge im Klima-Bereich zu erhalten sowie deren Fortschritte visualisieren zu können, wurde ein „Klimafahrplan“ erstellt. Dabei orientiert sich die Übersichtstabelle an dem Sachstandbericht zur Digitalisierungsstrategie.

Auf Wunsch wurden die Fortschritte und die nächsten Schritte für die zeitliche Einordnung und Prognose mit Quartalen (Q) versehen.

Herr Lang stellt die Vorlage vor.

Herr KTA Kühne spricht an, dass es nur ein öffentliches Schnellladesystem für Elektroautos in Friesland gibt. Dieses befindet sich über die Raiffeisen Warengenossenschaft in Varel. Er erkundigt sich, ob es Anbieter gibt, die sich für die Region interessieren.

Herr Lang erklärt, dass er keine Information darüber hat, ob demnächst neue öffentliche Schnellladesäulen in der Region geplant sind. Die Elektromobilitätsmanager der NLStBV hätten aber während der Standortschulung empfohlen, im Ladeinfrastrukturkonzept bei den Tankstellen Schnellladesäulen einzuplanen, da dort mittelfristig vermutlich Schnellladesäulen installiert werden würden.

Herr KTA Kühne fügt hinzu, dass die EWE in Varel aus wirtschaftlichen Gründen keine Schnellladesäulen geplant hat. Die meisten Ladesäulen lägen bei 22 kWh.

Herr Vorsitzender Homfeldt erwidert, dass EWE GO einen Joint Venture mit McDonald´s habe und die Filialen deutschlandweit mit Minimum 75 kWh Ladesäulen ausgestattet werden würden. In Jever seien es sogar 300 kWh. Außerdem habe die EWE einen Schnelllader in Sande und die EnBW einen in Schortens.

Frau KTAE Esser erkundigt sich nach der Strategie zur klimaneutralen Region Wilhelmshaven-Friesland, da die Ausschreibung nicht funktioniert habe. Sie wollte wissen, wie die zeitliche Perspektive sei und ob es Sinn machen würde, dass der Landkreis dies stattdessen nun eigenständig mache.

Herr Lang erklärt, dass laut den Informationen, die er vom Regionalmanagement Strukturwandel Kohleausstieg erhalten habe, die Ausschreibung zurückgezogen worden sei und dass zunächst unklar gewesen sei, ob die Ausschreibung erneut stattfinden solle, da es einen personellen Wechsel gegeben habe. Die Stelle sei nun wieder ausgeschrieben worden aber Herrn Lang lägen keine Informationen dazu vor, ob das Regionalmanagement bereits einen Nachfolger gefunden habe. Die Förderung sei ursprünglich bis zum Frühjahr befristet gewesen. Herr Lang erklärt weiter, dass es ursprünglich so geplant gewesen sei, dass zunächst die Strategie zur treibhausgasneutralen Region Wilhelmshaven-Friesland erarbeitet worden wäre und diese Ergebnisse anschließend für das Vorreiterkonzept für Friesland hätten genutzt werden können. Dieser Zeitplan funktioniere nun wohl nicht mehr, weshalb es fraglich sei ob die Strategie zur treibhausgasneutralen Region Wilhelmshaven-Friesland noch die Arbeit der Stabsstelle Klimaschutz des Landkreises unterstützen könne, da die Konzepte dann parallel erstellt werden würden.

Frau KTAE Esser bittet darum, dass es zügig weiter geht und nicht auf die neue Stellenbesetzung im Regionalmanagement gewartet werden solle, wenn bis 2030 die Ziele erreicht werden sollen. Sie ergänzt, dass es eine Alternative gäbe und schlägt vor, dass diese aufgezeigt und dem nächsten Kreisausschuss vorgestellt werden könnte.

Herr Lang fragt nach, ob gemeint sei ohne Wilhelmshaven weiterzumachen.

Frau KTAE Esser ergänzt, dass es um einen Plan B gehe, falls es nicht mit Wilhelmshaven klappen sollte. Es wäre gut, wenn es mit Wilhelmshaven klappen würde, aber es solle keine große zeitliche Verzögerung geben. Eventuell könne man auch mit Wilhelmshaven ohne den Kohleausstieg weitermachen, falls es ansonsten zu größeren Verzögerungen kommen würde.

Herr Vorsitzender Homfeldt regt an, sich bei der Stadt Wilhelmshaven zu erkundigen, um deren Vorgehen zu erfragen und darüber im nächsten Kreisausschuss zu berichten, bevor für die weitere Planung noch mehr Zeit investiert werde.

Herr Lang erklärt, dass er in regelmäßigem Kontakt mit dem Klimaschutzmanager aus Wilhelmshaven sei und dort aktuell nichts in diese Richtung geplant sei, da man darauf warte wie es mit dem Regionalmanagement weiter gehe.

Herr Vorsitzender Homfeldt bittet darum sich nochmal mit Wilhelmshaven abzustimmen und einen kurzen Bericht für den nächsten Kreisausschuss zu erstellen.

Frau KTAE Esser stimmt zu.

Herr Vorsitzender Homfeldt sagt, dass eine Schulung der Kommunen zur Identifizierung potenzieller Ladestandorte keinen Sinn mache. Herr Vorsitzender Homfeldt erläutert, dass 22 kW Ladesäulen zu wenig Leistung für eine schnelle Ladung sind. Seiner Meinung nach braucht man 50 bis 150 kW Ladeleistung. Nach einem Gespräch mit der EWE ergeben sich die Standorte hierfür automatisch, da diese über die Angaben der lokalen Netze verfügen. Er wünscht sich einen zeitnahen Beginn der Aufstellung der Säulen. Ladesäulen machen am meisten auf Parkplätzen von Einkaufsläden und Veranstaltungen Sinn. Nachdem die Standorte festgelegt sind, stellt sich die Frage, ob die öffentliche Hand oder private Investoren die Ladesäulen finanzieren. Private Investoren haben eigene Ideen für Standorte. Daher machen Schulungen für die Kommunen für die Identifizierung potenzieller Ladestandorte keinen Sinn.

Herr Lang antwortet, dass das Ladeinfrastrukturkonzept im Bau- und Mobilitätsausschuss näher vorgestellt und beschlossen worden ist. Die gemeinsame Erstellung von Ladeinfrastrukturkonzepten wird von der niedersächsischen Verkehrsbehörde allen Kommunen kostenlos angeboten. Die Konzepte orientieren sich daran wie viele E-Autos voraussichtlich bis 2030 auf der Straße sein müssten, um die Pariser Klimaziele einhalten zu können. Im ersten Schritt meldeten die Kommunen ihre Einwohnerzahl je Ortsteil. Darauf aufbauend wurde die benötigte Ladekapazität bis 2030 von der niedersächsischen Verkehrsbehörde berechnet. Dazu wurde eine Tabelle erstellt. In der Standortschulung erklärte die Behörde wie man am besten Standorte identifiziert und wie die Ergebnisse in die vorbereitete Tabelle eingetragen werden müssen.

Herr Vorsitzender Homfeldt weist darauf hin, dass schneller gehandelt werden sollte. Er wünscht sich als Elektroautofahrer dringend mehr Ladesäulen. In den letzten Jahren sind deutlich mehr Elektroautos hinzugekommen, da die Förderung sehr lukrativ war. Auf den Autobahnen im Sommer und im ländlichen Raum wird es aufgrund des Tourismus eng mit den Ladesäulen. Er stellt die Frage, ob es beabsichtigt sei, dass der Landkreis Steuermittel für Ladesäulen verwendet. Er hält ein Gespräch mit der EWE für sehr sinnvoll.

Herr Dr. Dehrendorf stimmt zu und teilt mit, dass er der Sache nachgehen wird.

Herr Vorsitzender Homfeldt bedankt sich und befürwortet weniger Kriterien und Strukturen und dafür schnelleres Handeln.

Herr KTA Wiesner möchte wissen wie genau im Ladeinfrastrukturkonzept die benötigte Anzahl an E-Autos berechnet wurde und inwiefern der Faktor Tourismus dabei eine Rolle spielt, der gerade im Sommer zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen würde.

Herr Lang antwortet, dass er die Details der Berechnung der niedersächsischen Verkehrsbehörde nachschauen müsse. Als Grundlage wird von einer notwendigen Emissionsreduktion im Verkehrsbereich von 48 % Reduktion ausgegangen.

Die Tabelle sieht einen Faktor für den Tourismus vor, wodurch mehr Ladekapazität entsteht als es pro Einwohner notwendig wäre. Den Kommunen wurde aber offengelassen, wie hoch sie den Tourismusfaktor jeweils bei sich in der Kommune ansetzen.

Nachtrag im Protokoll:

Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr erläutert die Berechnungen folgendermaßen:

„Laut der Ersten Novelle des Bundes-Klimaschutzgesetzes (das sich wiederum auf das Pariser Klimaschutzabkommen bezieht) hat sich Deutschland auf die Reduktion der Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor auf absolut 85 Mio. t CO₂-Äquivalent im Jahr 2030 verpflichtet. Verglichen mit dem Ausstoß des Jahres 2019 von 164,3 Mio. t CO₂-Äquivalent sind das 48 %. Also muss auch der Ausstoß des PKW-Verkehrs, der rund 60 % der gesamten Emissionen ausmacht, um (mindestens) diesen Faktor 0,48 reduziert werden. Das bedeutet, dass im Jahr 2030 jedes zweite Auto nicht mehr oder aber klimaneutral fahren muss. Da der Bedarf an Mobilität nicht heruntergeht, sondern die Autozahlen sogar weiter ansteigen, und gleichzeitig (leider) kein oder zu wenig Anzeichen für eine Verlagerung des Modal Split da sind, muss die Zielrichtung also lauten, die Ladeinfrastruktur so auszubauen, dass 48 % der PKW überhaupt elektrisch fahren könnten.

Als Annahmen sind also getroffen, dass

1. die Autozahlen und die Nutzung der PKW ungefähr auf dem Stand von 2019 bleiben.
2. der Modal Split sich bis 2030 nicht ausreichend ändert, um eine grundlegend andere Situation zu erzeugen.

2019 ist als Bezugsjahr gewählt, weil es keine Verzerrungen in den Zahlen durch Wirtschafts- und Mobilitätseinbrüche durch die Corona-Pandemie oder den Ukraine-Krieg gibt.

Die Berechnungen können bei grundlegend anderen Entwicklungen jederzeit durch die Faktoren angepasst werden und wir empfehlen auch, in geeigneten Zeitabständen das dann fertige Konzept zu überprüfen und nachzujustieren (z.B. beim Faktor 0,48 auf eine geringere Zahl, weil beispielsweise Zugstrecken ausgebaut wurden und ein Modal Split nachweisbar ist).“

Herr Vorsitzender Homfeldt greift das Thema auf und erzählt, dass für ihn ein entscheidendes Suchkriterium für ein Ferienhaus eine Wallbox ist. Dies sollte in unserer Tourismusregion beachtet werden. Er schlägt vor, dass der Landkreis die touristischen Anbieter wie Ferienhäuser und Hotels anspricht und man anschließend zusammen mit der EWE die Ausstattung mit Ladesäulen bespricht. Dies ist etwas Greifbares, das erstmal kein Geld kostet.

Herr Dr. Dehrendorf befürwortet diesen Vorschlag und äußert sich bei der EWE zu erkundigen.

Herr Vorsitzender Homfeldt erklärt, dass das Netz in jeder Kommune eine gewisse Leistungskapazität hat und daher die neuen Ladesäulen auf den Landkreis Friesland verteilt werden müssen und die Beteiligung der EWE sehr wichtig ist.

Herr Vorsitzender Homfeldt spricht an, dass es wenig sinnvoll ist, dass die Städte und Gemeinden sich gegenseitig die Klimaschutzmanager und Klimaanpassungsmanager wegnehmen. Seiner Meinung nach sollte es Aufgabe des Landkreises sein die koordinierende Dach-Funktion für die Kommunen zu übernehmen. Daraufhin müssten nicht alle Kommunen Klimaschutz- und Klimaanpassungsmanager einstellen und die Kommunen würden sich auch nicht gegenseitig die Arbeitskräfte wegnehmen. In den Kommunen sollte es ausschließlich nur einen Ansprechpartner geben.

Herr Dr. Dehrendorf versichert, dass es kein Überbieten für eine qualifizierte Arbeitskraft gibt, da dem Landkreis ein festes Limit gesetzt wurde, wodurch es manchmal schwierig sei geeignetes Personal zu bekommen. Der Landkreis ist bereits der Ansprechpartner der Kommunen.

Herr Vorsitzender Homfeldt erwidert, dass er dies als Mandatsträger nicht bemerkt habe. Ein Beispiel wäre, dass der Landkreis die Kommunen auffordern würde, gemeinsam ein bestimmtes Thema innerhalb von ein paar Monaten abzuarbeiten.

Herr Dehrendorf antwortet, dass dies stets Teil der Überlegungen bei der Zusammenarbeit sei und dass dies auch bei der Kommunikation berücksichtigt werde.

Beschluss:

Der Klimafahrplan wird zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

TOP Projekt "Sternenfunkeln über Friesland"

4.2.2 Vorlage: 0369/2022

Mit dem Projekt „Sternenfunkeln über Friesland“ möchten alle Projektbeteiligten die Bürgerinnen und Bürger, Betriebe, Behörden und weitere Akteure im Landkreis Friesland dazu einladen, nachts die Außenbeleuchtungen zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr überall dort auszuschalten, wo diese nicht sicherheitsrelevant ist.

Diese Maßnahme zur Reduktion der Lichtverschmutzung hat mehrere Vorteile:

1. Beitrag zum Klimaschutz
2. Kosteneinsparung

3. Beitrag zum Erhalt der Biodiversität
4. Kulturgut Sternenhimmel wieder besser erlebbar machen
5. Förderung der Gesundheit durch verbesserten Schlaf

Es wurde eine eigene Projektseite mit näheren Informationen zum Projekt und zum Thema Lichtverschmutzung erstellt: www.friesland.de/sternenfunkeln Die Seite wird stetig aktualisiert und ggf. um neue Projektteilnehmer ergänzt.

Am 21. November 2022 wurde das Projekt während eines Pressetermins der Öffentlichkeit vorgestellt. Neben dem Landkreis und der MOBILUM-Mobile Umweltbildung waren mehrere Vertreter und Vertreterinnen der Projektteilnehmer sowie der Presse anwesend.

Das Projekt läuft unter der Federführung der Stabsstelle Klimaschutz des Landkreises und der MOBILUM-Mobile Umweltbildung.

Herr Lang präsentiert die Vorlage.

Herr KTA Recksiedler teilt mir, dass Stromsparen zwar wichtig sei, jedoch solle der Fokus noch stärker auf der Lichtverschmutzung liegen, welche ein großes Problem sei, wie z.B. die Lichtverschmutzung durch die Höegh Esperanza oder den Hafen im Wangerland. Es müsse mehr getan werden als das Licht dort auszuschalten, wo es nicht sicherheitsrelevant sei.

Herr Vorsitzender Homfeldt stimmt zu und befürchtet, dass der Wechsel der Straßenbeleuchtung zu LED vor ca. 10 Jahren ein Problem ist. Die erste Generation des LED-Lichts lockte die Insekten an und tötete sie. Daraufhin wurden modernere LED-Leuchten eingesetzt. Anschließend beschäftigten sich die Kommunen damit insgesamt mehr Energie zu sparen und die nächtliche Beleuchtung auszuschalten. Seiner Meinung nach sollte es nachts eine bedarfsgerechte Straßenbeleuchtung geben, die über eine App oder ein SMS-System bei Bedarf eingeschaltet werden kann. In Schleswig-Holstein ist dies bereits in mehreren Kommunen der Fall. Es ist gut über das Thema Lichtverschmutzung zu informieren, nun müssen aber Maßnahmen folgen. Der Landkreis sollte sich überlegen was bei den kreiseigenen Gebäuden umgesetzt werden kann. Im Anschluss sollte der Landkreis mit seinen Kommunen dazu sprechen, was dort getan werden kann. Er betont, dass die Vorbildfunktion des Landkreises durch Handeln entsteht.

Herr Lang stimmt zu, dass konkrete Maßnahmen wichtig sind. Auf der Projektseite von „Sternenfunkeln über Friesland“ werden die zahlreichen Projektunterstützer und ihre Maßnahmen gegen Lichtverschmutzung genannt. Der Landkreis hat seine Außenbeleuchtung von 21/22 Uhr bis 6 Uhr morgens ausgeschaltet. Handeln ist wichtig, vielen sind die Folgen der Lichtverschmutzung aber noch gar nicht bewusst, sodass man hierfür erstmal ein Bewusstsein schaffen muss.

Herr Vorsitzender Homfeldt schlägt vor, dass Herr Lang sich dem Thema bedarfsgerechte Straßenbeleuchtung annimmt, da es für die Kommunen hilfreich sei, wenn man mit Ideen und Informationen auf sie zugehen würde. Wo alte Laternen stehen, würde es Sinn machen gleich umzustellen.

Frau KTAe Esser wendet ein, dass es Aufgabe der Abgeordneten in den Kommunen sei, Anträge mit Handlungsaufforderungen einzureichen.

Herr Vorsitzender Homfeldt sagt, es würde an Geld und Bewusstsein fehlen, weshalb Projekte wie das vorgestellte sinnvoll seien. Der Landkreis könne aber über die HVB-Runde die Kommunen dazu bewegen bei dem Thema voranzugehen. Politik und Verwaltung hätten nicht immer die gleichen Ideen. Man solle bei dem Thema von allen Seiten kommen.

Beschluss:

Die Ausführungen zum Projekt „Sternenfunkeln über Friesland“ werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

TOP Klimaanpassungskonzept 4.2.3 Vorlage: 0370/2022

In der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Klimafolgenanpassung, Planung und Kreisentwicklung am 08.03.2022 wurde über den Sachstand zum Projektfördermittelantrag zur Erstellung eines integrierten Klimaanpassungskonzepts plus Personalstelle sowie die Niedersächsische Strategie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels berichtet.

In der Zwischenzeit hat der Landkreis Friesland einen positiven Zuwendungsbescheid erhalten und die Stelle des Klimaanpassungsmanagers ausgeschrieben.

Durch die vom Fördermittelgeber gestellten Nachforderungen gab es Änderungen bei den thematischen Schwerpunkten, die sich nun folgendermaßen zusammensetzen:

- 1. Klimaangepasste Landwirtschaft**
- 2. Klimagerechter Dorf- und Stadtumbau**
- 3. Nachhaltiger Küstenschutz**
- 4. Betroffenheit kritischer Infrastruktur ermitteln und optimieren**
- 5. Klimaangepasste kreiseigene Liegenschaften**

Nachfolgend werden den fünf thematischen Schwerpunkten beispielhaft jeweils drei vorgeschlagene Maßnahmen aus der Niedersächsischen Strategie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels zugeordnet:

- 1. Klimaangepasste Landwirtschaft**
 - A.) Förderung der ökologischen Landwirtschaft → Diversifizierung der Produkte, z.B. Ackerbau und Tierhaltung
 - B.) Genauere Wettervorhersagen → schnellere Reaktionen der Landwirte möglich
 - C.) Einsatz weniger wasserverbrauchender Feldfrüchte
- 2. Klimagerechter Dorf- und Stadtumbau**
 - A.) Reduzierung der Flächeninanspruchnahme → unversiegelte Flächen für Kühleffekt und Regenwasserversickerung
 - B.) Nutzung des Albedo-Effekts → „Kühlung“ des lokalen Klimas
 - C.) Kaltluftschneisen → Zufuhr von Frischluft
- 3. Nachhaltiger Küstenschutz**
 - A.) Erhöhung und Verstärkung von Hauptdeichen
 - B.) Erhalt und Schaffung von Retentionsräumen
 - C.) Raumordnerische Sicherung von erforderlichen Flächen für die Klei- und Sandgewinnung
- 4. Betroffenheit kritischer Infrastruktur ermitteln und optimieren**
 - A.) Überprüfung, Anpassung und Fortschreibung der Notfall- und Katastrophenschutzpläne
 - B.) Stärkung des modularen Warnsystems, z.B. Sirenenwarnung
 - C.) Fortentwicklung und Stärkung der Gefahrenabwehrsysteme, z.B. Ausstattung der Feuerwehren
- 5. Klimaangepasste kreiseigene Liegenschaften**
 - A.) Dämmung → „Kühlung“ im Sommer
 - B.) Vulnerabilitätsanalysen bei Bauvorhaben
 - C.) PV-Anlagen zur Verschattung versiegelter Flächen

Herr Lang stellt die Vorlage vor.

Herr KTA Recksiedler äußert zwischen dem Vortrag seine Bedenken, dass die Wettervorhersagen nicht immer übereinstimmen. Zudem bedauert er, dass das Thema Wassermanagement bei dem Klimaanpassungskonzept nicht dabei ist. Dabei ginge es auch um die Entwässerung, die völlig neu durchdacht werden müsse.

Frau KTAe Esser wirft ein, dass das Thema Wassermanagement in einem anderen Ausschuss behandelt wird.

Herr Vorsitzender Homfeldt erläutert, dass wenn wir den Grundwasserkörper stärken wollen, weniger Wasser in die Jade gepumpt wird. Dies hat unter anderem Folgen für die Landwirtschaft, die Stadtplanung und den Landkreis.

Herr Dr. Dehrendorf greift auf, dass das Thema Entwässerung im Moorschutzkonzept eine entscheidende Rolle spielt. Die niedersächsische Strategie geht nicht auf lokale Besonderheiten ein, die im Landkreis vorhanden sind. Wie die Entwässerung mit der Nutzbarkeit der Böden zusammenhängt, wurde beispielhaft in dem Moorschutzkonzept sehr genau durchgearbeitet. Details, die für den Landkreis wichtig sind, müssen nicht unbedingt Teil der niedersächsischen Strategie sein.

Frau KTAe Esser erinnert daran, dass das Thema zum Umweltausschuss gehört.

Herr Lang fährt mit der Vorlage fort.

Frau KTAe Esser sagt, dass die Erstellung der Konzepte an Kriterien hänge, die sich durch die Fördertöpfe ergäben, die sich Menschen aus Berlin und nicht vor Ort ausdenken würden. Sie möchte wissen ob es zielführend sei, konkrete Fragen der Küstenregion mithilfe von Fördertöpfen aus Hannover, Berlin und Brüssel zu beantworten.

Herr Dr. Dehrendorf antwortet, dass der Landkreis an die Förderkriterien gebunden sei. Man müsse schauen, wie man die lokalen Themen am besten in den Förderkriterien unterbringen könne.

Herr Vorsitzender Homfeldt führt aus, dass wenn man in den Kommunen das macht, was der OOWV, der Verbandsvorsteher sagt, nämlich dass der Grundwasserkörper gestärkt werden soll, dann hat das eine Konsequenz. Die Konsequenz ist, dass das Oberflächenentwässerungssystem versandet und gespült werden muss, wodurch sich die Gebühren für die Bürgerinnen und Bürger erhöhen. Weitere Probleme sind Verschattung und Kühlungsräume, worüber diskutiert werden muss. Wenn eine Kommune beispielsweise einen Supermarktplatz mit PV-Anlagen überdachen möchte, stößt man direkt an die Grenzen des Planungsrechts. Es stellt sich dann die Frage, inwieweit der Landkreis dort etwas tun kann. Noch weiter aufgefächert stellt sich die Frage, ob das Regionale Raumordnungsprogramm unter diesem Aspekt überarbeitet werden muss.

Herr Dr. Dehrendorf äußert, dass dies wichtige Anregungen seien. Die andere Anregung betreffe die Bauleitplanung und nicht das Regionale Raumordnungsprogramm. Solche Dinge ließen sich lösen. Dies würde in Zusammenarbeit mit den Kommunen geschehen, da auf dieser Eben das Planungsrecht gemacht wird.

Herr Vorsitzender Homfeldt erkundigt sich, ob es jenseits der HVB-Runde ein interkommunales Forum gäbe, wo über diese Handlungsfelder gesprochen, Brainstorming gemacht und sich abgestimmt werde oder ob dies eingerichtet werden solle.

Herr Lang erklärt, dass es ein regelmäßiges Treffen der Klimaschutzmanager aus Ost-Friesland gibt. Zudem bestehen das Ziel und der Wunsch, dass wenn jede Kommune in Friesland einen Klimaschutz-Ansprechpartner hat, ebenfalls auf der Ebene Frieslands ein regelmäßiges Treffen eingeführt werden kann. Dazu fehlen aber in einigen Kommunen bisher die Ansprechpartner.

Herr Vorsitzender Homfeldt befürchtet, dass man sich zu viel mit Strukturen beschäftigt anstatt zu handeln. Er wünscht sich eine arbeitsfähige Struktur, die möglichst schnell auch kleine Handlungen zulässt. Der Landkreis sei in der Pflicht bei den Kommunen Impulse zu setzen.

Frau KTAe Esser betont, dass die Politik über die Tagesordnung bestimme. Wenn gewünscht sei, dass sich die Räte damit beschäftigen, sei es auch sinnvoll die Politik zu beteiligen und nicht alleine über die HVB-Runde zu gehen. Es sei auch sinnvoll ein Gremium zu haben, in dem sich die Fachpolitiker austauschen könnten. Der Kreistag könnte die Städte und Gemeinden zu bestimmten Themen offiziell einladen. Hierbei sei weniger die Verwaltung der Ansprechpartner sondern die Politik müsse die Initiative ergreifen.

Herr Vorsitzender Homfeldt regt an, dass man insbesondere Mandats- und Verantwortungsträger zu einem friesischen Klimatag einladen könnte, auf dem man den aktuellen Sachstand vorstellen und Ideen sammeln würde. Er vermutet, dass es in vielen Kommunen bereits Ideen gäbe. Anschließend könnten Maßnahmen, die direkt umgesetzt werden könnten, direkt ins Rollen gebracht werden.

Herr Dr. Dehrendorf erwidert, dass alle Klimaschutzmaßnahmen des Landkreises grundsätzlich bekannt seien. In Broschüren sei publiziert worden, wie viele PV-Anlagen installiert und Schulen saniert worden seien, wie sich die CO₂-Bilanz verbessert habe. In den Ausschüssen werde regelmäßig darüber berichtet, wenn auch jeweils in zusammengefasster Form.

Herr Vorsitzender Homfeldt schlägt vor, dass der Ausschuss die Verwaltung dazu anregt, über die Sinnhaftigkeit und Umsetzbarkeit eines friesischen Klimatags nachzudenken, bei dem es um den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung geht. Hier sollen kommunale Mandatsträger und die interessierte Öffentlichkeit teilnehmen. Dieses Treffen wird genutzt, um alle fachlich auf den gleichen Stand zu bringen und um einzelne Themen in Arbeitsgruppen zu diskutieren und zusammenzutragen und daraus einen Katalog zu erstellen. Nachfolgend könnten sich die Gremien im Kreis und in den einzelnen Kommunen konkret damit befassen.

Herr Dr. Dehrendorf teilt mit, dass er dies verwaltungsintern erörtern werde.

Herr KTA Eilers sagt, dass Zeit-Ziele wichtig seien.

Frau KTAe Kaiser-Fuchs bittet um mehr Informationen von der Verwaltung, um die Entwicklungen zu sehen. Die Tabelle zum Klimafahrplan Friesland sei hilfreich um die Fortschritte sehen zu können. Allerdings solle auch im zweiwöchig stattfindenden Kreisausschuss unter „Mitteilungen der Verwaltung“ über die Entwicklungen berichtet werden und welche Ziele erreicht worden seien.

Herr KTA Wiesner äußert, dass man sich zum friesischen Klimatag in den Fraktionen zunächst beraten müsse und das Thema dann im März auf die Tagesordnung setzen könne, um sich darüber auszutauschen, wie sinnvoll solch ein Tag sei und wie man diesen ausgestalten könne.

Herr Vorsitzender Homfeldt erklärt, dass er den heutigen TOP zum Klimaanpassungskonzept auf die Tagesordnung gesetzt habe, da Klimafolgenanpassung gleichrangig zum Klimaschutz sei. Er schlägt vor, dass die Verwaltung einen Vorschlag zum friesischen Klimatag bis zur nächsten Fachausschusssitzung erarbeitet und die Fraktionen sich erst dann dazu beraten.

Herr KTA Wiesner stimmt zu, dass sich die Fraktionen zum Verwaltungsvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die Ausführungen zum Klimaanpassungskonzept werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

TOP 5 Berichte aus anderen Gremien

keine

TOP 6 Informationen aus dem Jugendparlament

Herr Hans äußert, dass er das Thema mit dem friesischen Klimatag bei sich im Jugendparlament ansprechen werde und er sich daran beteiligen wolle.

TOP 7 Mitteilungen der Verwaltung

keine

TOP 8 Bericht des Beauftragten für Klimaschutz und Klimaanpassung

Herr Lang berichtet, dass die drei beschlossenen Klima-Stellen bis Januar ausgeschrieben waren und in den nächsten Wochen die Vorstellungsgespräche stattfinden werden. Des Weiteren wird aktuell das Geothermiepotezialkataster in das Solar- und Gründachkataster integriert.

Herr Vorsitzender Homfeldt erkundigt sich, wie detailliert die Information des Geothermiepotezialkatasters sei.

Herr Lang erklärt, dass die Bürgerinnen und Bürger Informationen zum eigenen Grundstück bekommen würden. Das Kataster sei für einen groben Überblick gedacht.

Herr Lang berichtet weiter über den TOP. Am 16.11.22 war die bundesweite Bildungsveranstaltung „Energievision 2050 – Unser Klima. Meine Energie. Deine Zukunft“ in einer Schule in Zetel zu Gast. Diese Veranstaltung hat der Landkreis mit 500 € unterstützt. Dort wurden Möglichkeiten für eine klimafreundliche Zukunft diskutiert. Außerdem fand am 03.11.22 die Grundlagenschulung „Faire Beschaffung in Kommunen“ für den Landkreis Friesland statt. Dies war ein Angebot der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“. Des Weiteren werden die Vorlagen zu der Klimaschutzabfrage angepasst.

Frau KTAe Esser möchte wissen wieso faire Beschaffung beim Klima-Vorbehalt eine Rolle spielen würde.

Herr Lang antwortet, dass es bei der Änderung der Vorlagen nur um den Klimaschutz gehe. Die Grundlagenschulung zur fairen Beschaffung habe nichts damit zu tun.

Herr Dr. Dehrendorf erläutert, dass der Landkreis Fairtrade-Landkreis sei und entsprechende Auflagen erfüllen müsse.

Frau KTAE Esser erkundigt sich nach dem Klimaschutzbeirat, der wieder stattfinden solle.

Herr Lang antwortet auf die Frage von Frau KTAE Esser, dass dafür kein fester Termin feststeht, da wegen der knappen zeitlichen Ressourcen die Priorität ist, die konzeptionellen Vorgänge voranzubringen und die drei neuen Klimastellen zu schaffen.

Herr Vorsitzender Homfeldt ergänzt, dass das Thema Klimawandel sehr komplex und facettenreich sei, sodass der Ausschuss über klare Prioritäten der Verwaltung sprechen solle, damit die Verwaltung die Chance bekomme zeitgerecht und ressourcengerecht die Themen abarbeiten zu können. Wenn dreißig Dinge gleichzeitig gemacht werden sollen, würde am Ende nichts fertig werden.

TOP 9 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten

keine

TOP 10 Anfragen nach § 11 der Geschäftsordnung

keine

TOP 11 Anregungen und Beschwerden

keine

Der Vorsitzende Herr Homfeldt schließt um 16:40 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Axel Homfeldt
Vorsitzender

gez. Sven Ambrosy
Landrat

gez. Anna Frisch
Protokollführerin